

FRAGE 1

Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung der hohen Mieten und genereller Wohnungsnot?

Welche dieser Maßnahmen sind für Sie Bedingung für eine Regierungsbeteiligung?

Hohe Mieten, Fantasiepreise für Baugrundstücke, überhaupt sündteures Wohnen in Innsbruck und Tirol sind kein Naturgesetz, sondern hausgemacht und ein Ergebnis jahrelanger falscher Wohnungspolitik der ÖVP.

Es braucht also ein komplettes politisches Umdenken. Das beginnt mit einer Bedarfserhebung, für wen bauen wir, was brauchen die Menschen und was können sie sich leisten? Aufbauend auf dieser Bedarfserhebung braucht es eine Bedarfsplanung. Denn, obwohl beispielsweise an jeder Ecke Innsbrucks gebaut wird, suchen viele Menschen nach geeignetem Wohnraum. Derzeit wird am Bedarf vorbei gebaut! Wir müssen endlich wieder für die Menschen im Land statt für Investoren und Spekulanten bauen.

Eine Leerstandserhebung für ganz Innsbruck und Tirol ist notwendig, danach ein geeignetes Programm um leerstehende Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen. Hier wollen wir den Eigentümern über das Modell des „gemeinnützigen Makelns“ nach dem Vorbild Vorarlbergs entgegenkommen.

Ein Schwerpunktprogramm muss der Ausbau des studentischen Wohnens in Innsbruck sein. Die Einhausung und Überbauung der A12 bei Mentlberg/Sieglanger ist neben Lärmschutz auch ein gewaltiges Landgewinnungsprojekt. Eine mittelfristige Vision um gut 100.000 Quadratmeter voll erschlossenes, innerstädtisches Bauland zu gewinnen. Kein Hirngespinnst, sondern machbar, wie wir aus Erfahrungen in anderen Städten, etwa Bern, wissen. Wir sind mit den Umsetzern von dort in Kontakt und im Austausch.

In Tirol gibt es 35 Millionen Quadratmeter gewidmetes, nicht bebautes Bauland. Hier braucht es ganz offensichtlich politischen Druck und Eingriff, dass ein Teil dieser Grundstücke zu vernünftigen Preisen auf den Markt kommt. Konkrete Forderung der Liste Fritz: Mindestens 10% der Baulandreserven jeder Gemeinde in Tirol müssen – von der Landesregierung verpflichtend vorgeschrieben – als „Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau“ ausgewiesen werden. Damit bekommen wir schrittweise leistbaren Grund für leistbares Wohnen.

Wer wie wir als Liste Fritz seit Jahren den Ausverkauf unserer Heimat stoppen will und sich für leistbares Wohnen einsetzt, für den sind diese und weitere Maßnahmen nicht verhandelbar, sondern umzusetzen.

FRAGE 2

Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung von Armut?

Welche dieser Maßnahmen sind für Sie Bedingung für eine Regierungsbeteiligung?

Armut hat mehrere Gesichter. Neben der Bekämpfung der Wohnungsarmut mit den vorher beschriebenen und weiteren Maßnahmen, gilt es die Bildungsarmut und die finanzielle Armut zu bekämpfen. Es kann nicht sein, dass wir bei 130.000 armutsgefährdeten Menschen in Tirol zur Tagesordnung übergehen, es kann nicht sein, dass 33.000 Tiroler als working poor gelten, die trotz eines Jobs nicht von ihrem Einkommen leben können. Es ist beschämend, dass die Frauen in Tirol die niedrigsten Einkommen in ganz Österreich erhalten, was ursächlich mit viel Teilzeitarbeit wegen schwach ausgebauter Kinderbetreuung zusammenhängt und schließlich für ganz viele Frauen Altersarmut bedeutet. Jede 10. Frau in Tirol bezieht zusätzlich zur Mindestpension die Ausgleichzulage! Tirol ist hier am Schlechtesten aufgestellt. Das sind Ergebnisse einer OGM-Studie im Auftrag der Liste Fritz.

Einen Schlüssel um diese Fehlentwicklungen zu stoppen, sehen wir in einem massiven Ausbau der Kinderbetreuung unter dem Motto ganzjährig, ganztägig und gratis. Ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz gehört hier ebenfalls dazu.

Wir setzen uns als Liste Fritz auch für Gratis-Öffis ein und haben beispielsweise schon im März angeregt aufgrund der massiven Teuerung und gewaltigen Inflation sämtliche Sozialleistungen nach oben hin anzupassen.

Wir haben auch die Anregung der Schuldnerberatung Tirol für eine persönliche Budgetberatung aufgenommen und haben im Landtag beantragt diese in Tirol einzuführen. Alle anderen Bundesländer bieten diese persönliche Budgetberatung an.

RAGE 3

Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung, um unabhängig vom Einkommen allen in Tirol lebenden Menschen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten?

(Maßnahmen zur Absicherung des kassenfinanzierten Gesundheitssystems im Allgemeinen)

und der psychiatrischen Versorgung im Speziellen)

Welche dieser Maßnahmen sind für Sie Bedingung für eine Regierungsbeteiligung?

Noch ist es so, dass in Tirol niemand unversorgt bleibt. Egal ob er wenig oder kein Einkommen hat. Ist jemand in Not, kommt die Rettung, der Notarzt mit Sanitätern, die Einlieferung ins nächste Spital ist gesichert. Es ist wichtig, das eingangs festzuhalten.

Aber wir alle stellen fest, dass es die 2-Klassen-Medizin natürlich gibt. Wer beispielsweise eine MRT-Untersuchung braucht, der bekommt sie als Privatversicherter noch heute, wer eine solche Zusatzversicherung nicht hat, der muss 3 Monate warten. Das ist das Ergebnis eines fortschreitenden Verlagerungsprozesses vom System der öffentlichen Gesundheitsversorgung hin zu einem System der privaten Gesundheitsversorgung. Wir als Liste Fritz wollen besonders den Fokus auf die personelle und finanzielle Absicherung und damit auf den Erhalt des bestehenden öffentlichen Gesundheitssystems legen. Deswegen haben wir uns für den Erhalt des Krankenhauses in Natters eingesetzt, wir haben uns für die ärztliche und notärztliche Versorgung in den Bezirken stark gemacht und wir mahnen auch Strukturreformen in den Spitälern ein. Ein jährlich budgetierter Betriebsabgang von 100 Millionen Euro ist kein gesundes System.

Die unter der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung verordnete „Kassenreform“ war ein Marketingschmäh zu Lasten der Versicherten und hat das nicht gebracht, was im Falle einer Kassenreform für die Menschen notwendig ist, nämlich eine Harmonisierung der Leistungen von Eisenstadt bis Bregenz.

Eine langjährige Forderung von uns ist es, die Psychotherapie auf Krankenschein einzuführen. Obwohl das der Tiroler Landtag auch schon beschlossen hat, brauchen wir dazu Partner im Bund und bei den Kassen. Daran scheitert es bisher.

Einen Ausbau der Kapazitäten brauchen wir bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie, hier hinken wir in Tirol weit hinten nach. Am Areal der Universitätsklinik Innsbruck braucht es eine niederschwellige psychiatrische Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die nicht mit dem Bus nach Hall fahren können, wenn es ihnen schlecht geht.

Generell mangelt es an Psychiatern, besonders an Psychiatern mit Kassenarztstellen. Wenn das Land Tirol jetzt Allgemeinmediziner bei der Ansiedelung in Tirol finanziell unterstützt, dann ist das gut und es braucht ein solches Anreizsystem auch bei Psychiatern.